

Was geht in Afghanistan vor?

Insofern tut man gut daran, die Nachricht von der Flucht König Aman Ullah aus Kabul und die weiteren großen Erfolge der Aufständischen mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln, als sie alle aus englischer Quelle kommen, und man heute noch nicht weiß, welche Rolle England bei diesen Unruhen in Afghanistan spielt. Es mag wohl richtig sein, daß die aufständischen Stämme sich zu ihrem Kampf gegen Aman Ullah in der Hauptsache aus religiösen Empfindungen treiben lassen. Aber diese ganze Bewegung gegen Kabul und die afghanische Regierung steht doch etwas zu systematisch und organisiert an. Man könnte also annehmen, daß europäische Mächte hier wohl die Hand im Spiele haben, zumal wenn man weiß, daß diese in Frage kommenden Mächte, England und Rußland, recht erhebliche Interessen an einer Klärung der Dinge in Afghanistan haben. Vorderhand schieben sich England und Rußland gegenseitig die Schuld an den Kämpfen in die Schuhe. Aber schon diese Behauptungen allein zeigen, daß gewisse ausländische Triebkräfte die Rebellion vorwärts treiben. Im übrigen lauten die Nachrichten über die Kriegslage so widersprechend, daß es schwer fällt, sich ein richtiges Bild von der Situation zu machen. Feststehen dürfte, daß sich zunächst zwei Stämme zum Kampf gegen Aman Ullah gefunden hätten. Um diese Stämme niederzuwerfen, bewaffnete der König einen dritten Stamm, der sich aber den Aufständischen anschloß. Vor kurzem schied es so, als ob die Regierungstruppen im Gebiet von Jallalabad wieder die Ordnung hergestellt hätten. Es war zu Verhandlungen mit den Aufständischen gekommen, und man hörte, daß eine Einigung zu erwarten sei. Nun scheint sich plötzlich in der Hauptstadt Aman Ullah ein neuer Aufstand gebildet zu haben. Es dürfte also zutreffen, daß gewisse Teile der Regierungstruppen von Aman Ullah abgefallen sind, was das Kriegsgeschehen zwingen mußte, in einem Fort nach der Hauptstadt Hattak zu suchen. Diese Welle der Empörung gegen Aman Ullah wird vielleicht verständlich, wenn man hört, daß der reformstüchtige König sich nicht allein mit politischen und sozialen Umwälzungen begnügte, daß er sogar versuchte, den Glauben der afghanischen Stämme selbst zu verändern, d. h. ihn dem puritanischen Dogma der Wahabiten anzunähern. Daß er bei einem solchen Bestreben auf den erbittertesten Widerstand der Priester stießen mußte, ist selbstverständlich. Vom europäischen Gesichtspunkt aus wird man die Bestrebungen Aman Ullahs vielleicht verstehen und billigen können. Seine Neise durch Europa hat ihn mit den Sitten und Gebräuchen der zivilisierten Länder vertraut gemacht, er hat einiges von der Kultur dieser Länder kennen gelernt. Und mußte daher den selbstverständlichen Wunsch haben, auch sein Volk mit diesen Gütern vertraut zu machen. Sein Fehler war vielleicht, daß er sich bei diesen Bestrebungen zu sehr an das Beispiel der Türkei und auch Persiens anlehnte und nicht beachtete, daß die afghanischen Stämme noch völlig beherrscht von der alten Tradition eine solche Reform einfach nicht begreifen würden. Es wäre zu wünschen, wenn das Werk Aman Ullahs durch die blutigen Ereignisse nicht zerstört wird. Denn das Werk ist gut. Nur das Tempo, in dem Aman Ullah es vollenden will, birgt die Gefahren.

Aman Ullahs Abdantung gefordert?

London. (Telunion.) Wie aus Moskau gemeldet wird, sind jetzt mehrere Nachrichten über die Lage in Afghanistan eingelaufen. Danach soll sich am Montag die Lage Aman Ullahs stark verschlechtert haben. Seine Truppen hätten verweigert, ihm im Kampf gegen die Aufständischen zu unterstützen und verlangten seine Abdantung. Die Reuters sei durch den Verrat einer Aman Ullah sehr nahe stehenden Person veranlaßt worden. In Kabul herrsche Ruhe. Nach bisher unbefriedigenden Meldungen aus Teheran sollen sich in der Nähe der russisch-afghanischen Grenze neue Truppen sammeln, die dem König treu ergeben seien und beschließen hätten, den March auf Kabul zu unternehmen. Wie verlautet, sollen sie bereits unterwegs sein.

Frankösischer Ministerrat.

Berichterstattung Poincarés und Briand's.

Paris. Am Dienstag vormittag fand unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Doumergues im Elysee ein wichtiger Ministerrat statt. Ministerpräsident Poincaré unterrichtete das Kabinett über den Stand der Verhandlungen zur Erneuerung der Sachverständigen für die Reparationsregelung. Nach den in den letzten Tagen und zuletzt mit dem deutschen Vorkämmerer v. Gersdorff gepflogenen Unterredungen scheint eine allgemeine Einigung bevorzustehen. Außenminister Briand erbat einen Bericht über die auswärtige Lage und über die Unterhaltungen, die er während der Staatsreise in Lugano mit dem Reichsaussenminister Dr. Czerewinski und dem englischen Außenminister Chamberlain hatte. Ferner beschäftigte sich der Ministerrat anschließend mit der parlamentarischen Tagesordnung. Der Haushalt wird im Plenum des Senats am Freitag beraten werden. Um eine Verzögerung der Verabschiedung zu vermeiden, erklärte Poincaré, daß das sogenannte Dezemberquettio der Rechte für 1928 vor der Tagesordnung der Kammer in diesem Monat angeht und erst auf die Tagesordnung der Januartagung kommen werde. Die Regierung wird dem Vorschlag auf Abtrennung der neuen Kongregationsartikel mit der Stellung der Vertrauensfrage begeben und den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und für Verwaltung die Gelegenheit geben, sich einwendend mit diesen Artiteln zu betragen. Der nächste Ministerrat findet am Donnerstag statt.

Verhaftung von 2 Beamten

Der Reichsvermögensverwaltung.

Berlin. Wie die Telegraphenagentur erfährt, sind in Koblenz kürzlich zwei Beamte der Reichsvermögensverwaltung durch französische Wehrmänner beim Wehrimpfungslehrgang genommen und in das dortige Militärgefängnis gebracht worden. Es handelt sich um mittlere Beamte, von denen der eine namens Schmidt sich mit einer Jagdgesellschaft auf dem Quersiedel befand und von dort ohne Angabe von Gründen nach Koblenz abgeführt wurde. Der andere Beamte, der Hauptmann heißt und ebenfalls bei der Reichsvermögensverwaltung beschäftigt ist, wurde in seiner Wohnung verhaftet und ebenfalls ohne Angabe von Gründen abgeführt. Ein dritter Beamter war zur Vernehmung geladen, ist aber wieder frei gelassen worden. Die Gründe, die die Franzosen zu der Verhaftung veranlaßt haben, sind unbekannt. Nach dem Zusammenhang ist allerdings zu schließen, daß es sich um die gleichen Dinge handelt, die die Franzosen zu der Verhaftung der Weimarer Beamten veranlaßten. Eigenartig ist die Tatsache, daß von den Koblenzer Dien-

Kampfbreite in dem südamerikanischen Konflikt.

Neuport. Der Kommandant der bolivianischen Grenztruppen ist angewiesen worden, seinen weiteren Vormarsch und die Angriffe auf die Truppen Paraguays einzustellen. Diese Information war in der Antwort Bolivians an den Völkerbund enthalten, die gestern von La Paz abgefaßt wurde.

Das Antworttelegramm der Regierung von Paraguay.

Genf. Der Außenminister von Paraguay hat an den Vizepräsidenten Briand in Brantantwortung der Depesche vom letzten Sonntag eine lange telegraphische Note gerichtet. Zunächst weist die Regierung von Paraguay die Anschuldigungen der bolivianischen Regierung zurück, die als unerhörte Entkräftung der Wahrheit bezeichnet werden, um dann darzutun, daß die bolivianischen Truppen ohne vorherige Kriegserklärung entgegen dem Methoden der Kulturvölker das Gebiet Paraguays überfallen hätten. Die Note erinnert daran, daß Paraguay von Anfang an seinen internationalen Verpflichtungen eine Unterbrechung verlangt und alle friedlichen Wege angenommen hat, was der Beweis dafür sei, daß Paraguay nicht die Rolle eines Aggressors spielen darf. Die Regierung von Paraguay ist bereit, die Unterbrechung jedes Untersuchungsverfahrens abzugeben, während Bolivien jedes Untersuchungsverfahrens ablehnt. Die Regierung Paraguays sieht darauf den Schluß, daß Bolivien in der Rolle des Aggressors steht. „Meine Regierung“, so schließt die Note, „hat jedoch die guten Dienste der panamerikanischen Schiedskommission angenommen und ihre Haltung ist ein neuer Beweis ihres lokalen Friedenswunsches und der in dieser Richtung stehenden Aktion. In diesem Sinne gebe ich Genf. Exzellenz Kenntnis von dem Vorschlag meiner Regierung, dem Generalsekretär des Völkerbundes einen eingehenden Bericht über die vorgetommenen Zwischenfälle vorzulegen.“

Bolivians Antwort an den Völkerbundsrat.

Genf. Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlichte gestern ein neues, vormittags eingetroffenes Telegramm des bolivianischen Außenministers Thomas Manuel Cio an den Vizepräsidenten Briand. In dem Telegramm wird Bezug genommen auf das von Briand am Sonntag abend von Lugano aus abgefaßte zweite Telegramm, in dem er in seiner Eigenschaft als Vizepräsident die dringenden Empfehlungen zur Vermidung neuer Zwischenfälle erneuert hat, durch die der Erfolg eines friedlichen Verfahrens in dem Streitfall zwischen Bolivien und Paraguay gefährdet werden könnte. In dem neuen Telegramm des bolivianischen Außenministers heißt es dann: „Meine Regierung gibt unter Annahme dieser Anregungen Gurer Exzellenz die Versicherung, daß sie dem Gehor der Militärtruppen den Befehl erteilt hat, jedes Vordringen und jeden Angriff ihrerseits zu unterlassen und sich auf das Ergreifen von Defensivmaßnahmen zu beschränken. Ich sehe gleichzeitig den Völkerbundsrat davon in Kenntnis, daß Paraguay die Mobilisation der Waffen im Alter von 18 bis 28 Jahren angeordnet hat. Bolivien bedankt sich auf die für seine Sicherheit notwendigen unerlässlichen Vorkehrungen.“ Die weiter bekannt wird, ist dieses Telegramm der bolivianischen Regierung sofort an sämtliche Völkerbundsmitglieder telegraphisch weitergeleitet worden. Aus Paris hört man, daß heute mittag der Präsident des Völkerbundsrates,

keine Nachrichten zur Klärung der Presse weitergeleitet worden sind. Die tatsächlichen Mitteilungen wurden allerdings auf Nachfrage bei den zuständigen Stellen befragt.

Ein französischer Großindustrieller über deutsch-französische Wirtschaftsannäherung.

Berlin. Der zur Zeit in Berlin weilende französische Großindustrielle Genz de Perinboff de Fontenelle, wie in einer Unterredung mit dem Herausgeber der Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz darauf hin, daß Deutschland und Frankreich in ihrer Wirtschaft ungetrennte Komplementär-Staaten seien; nicht nur, weil der eine Rohle, der andere Erz besitzt, weil die beiderseitige chemische Industrie einander ergänzende Wirkungskreise hat und weil der Ackerbau beider Völker vorwiegend ergänzende Produkte erzeugt, sondern vor allem, weil beide Völker intellektuell geeicht seien, ja wie man — ohne Verkleinerung der Angelegenheiten — fast behaupten könnte, die beiden einzigen vorwiegend intellektuellen Völker seien. Trotz ihrer Besonderheiten in der Denkweise, sagte er, verglichen sie jedes Gebiet ihrer Tätigkeit intellektuell und organisieren es so, daß wir zunächst Verständnis für eine Sache und für ihre Durchführung aufzubringen und eine Methode zu schaffen suchen, um sie zu verwirklichen, die uns unwirksam zu einer gewissen Gleichartigkeit des Handelns, oder richtiger, zu den komplementären Maßnahmen führen, die ich vorher anbeute.

Den Beweis für diesen Gedankengang stellt Verperinboff in den immer zahlreicher werdenden deutsch-französischen oder unter führender Beteiligung beider Völker durchgeführte geschaffenen internationalen Wirtschaftsorganisationen. Kohlenabkommen, Farbenabkommen und andere zwischenstaatliche Konventionen sind ihm logische Notwendigkeiten. Das französische „Warne-Wunder“ von 1914 stellt er in Parallele mit dem Wunder der deutschen Markt von 1924 als Beweis für die Gleichartigkeit der Willenskräfte und des Selbstvertrauens beider Völker. Verperinboff erklärte zum Schluß, große, umspannende Organisationen einer Berufsgruppe, sei es in Konzern- oder in Syndikatsform unter Jurisdiktion des Staatseinflusses auf Kontroll- und Richterfunktionen, schieben ihm am besten geeignet, eine moderne und rationelle Wirtschaftsführung aus weiterhin auf der Verantwortung des Einzelnen aufzubauen, die die beste Erzieherin sei. In diesem Sinne wünscht er die Uebertragung der Vorbereitungsarbeiten für alle wirtschaftlichen Entscheidungen der Parlamente und Regierungen an die Berufsgruppen selbst. Immer vom Wirtschaftlichen ausgehend, erwartet Verperinboff eine deutsch-französische Annäherung. „Denn“, so meint er, „im Grunde verhalten wir uns ohne Ueberlegung.“

Das Programm des Kriegsschuld-Ausschusses.

Berlin. Der Untersuchungsausschuss des Reichstags für die Fragen der Vorgeschichte des Weltkrieges hat nunmehr sein endgültiges Programm beschlossen. Die bisher-

vorliegende Gutachten werden als Grundlage für die allgemeine Aussprache mit dem Ziel abschließender Feststellungen für ausreichend angesehen. Mit der Ausarbeitung des Berichts, der der Aussprache zugrunde liegen soll, ist Generalsekretär Dr. Fischer beauftragt. Die Aussprache beginnt spätestens nach Ostern, im Herbst 1929 soll die Arbeit abgeschlossen sein, worauf das ganze Material veröffentlicht werden wird. Der Ausschuss hat es abgelehnt, mit seinen abschließenden Beratungen auf die Veröffentlichung sämtlicher noch in Aussicht stehender Aktenpublikationen fremder Länder zu warten. Der Ausschuss hielt aber auch eine sofortige Veröffentlichung der ihm erstatteten Gutachten allein, ohne kritische Stellungnahme zu deren Inhalt für ungewiss. Ueber ein wichtiges Sonderthema liegt jedoch das ganze Material abgeschlossen vor. Der Ausschuss hat die Haltung der deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen vorweg behandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird samt den Gutachten der Sachverständigen Ende Januar 1929 bei der Deutschen Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte erscheinen.

Die Gesandten Boliviens und Paraguays bei Briand.

Paris. (Telunion.) Außenminister Briand empfing am Dienstag nachmittag die Gesandten Boliviens und Paraguays, ferner den argentinischen Geschäftsträger und den Geschäftsträger der Vereinigten Staaten, sowie den brasilianischen Vorkämmerer. Die Besprechungen mit den in Paris anwesenden diplomatischen Vertretern der südamerikanischen Staaten, besonders derjenigen, die dem Völkerbund angehören, werden heute fortgesetzt werden.

Bolivien nimmt das Vermittlungsangebot an.

Washington. Bolivien hat das Vermittlungsangebot der Panamerikanischen Konferenz angenommen.

Eine Erklärung des bolivianischen Kriegsministers.

La Paz. Der bolivianische Kriegsminister Suarez veröffentlichte eine amtliche Erklärung, in der er bekräftigt, daß die Truppen Boliviens auch die Forts Bololo, Rivarola, General Guesz angegriffen hätten, wie in Meldungen aus Paraguay behauptet werde. Die Erklärung betont ausdrücklich, daß diese drei Forts weder angegriffen noch besetzt worden seien.

Eine neue Note von Paraguay in Genf eingetroffen.

Genf. (Funkpruch.) Zu dem Streitfall zwischen Bolivien und Paraguay ist heute vormittag eine neue Note von Paraguay eingetroffen, die im Gegensatz zu der gestern abend bekanntgemachten nicht an den Vizepräsidenten, sondern an den Generalsekretär gerichtet ist. Die Note, bei der es sich vielleicht bereits um den Gehern von Briand angekündigten eingehenden Bericht handelt, wird im Laufe des heutigen Nachmittags veröffentlicht werden.

Ferner hat Venezuela den Vizepräsidenten zu seinem Eingreifen telegraphisch beglückwünscht und die Hoffnung für gutes Gelingen ausgesprochen.

In einem dritten Telegramm nimmt Nicaragua Kenntnis von der Aktion des Völkerbundsrates.

Die Verhandlungen in Paris haben, wie man hier erklärt, eine günstige Wendung genommen, vor allem, nachdem es sich bestätigt hat, daß, wie Paraguay, auch Bolivien die Vermittlung der Schiedskommission des panamerikanischen Kongresses annimmt. In diesem unterrichteten Kreise verläßt sich daher der Eindruck, daß, wenn die Besprechungen, die noch im Laufe des heutigen Tages in Paris stattfinden, sich in der gleichen erfolgreichen Richtung bewegen, eine außerordentliche Klärung nicht mehr notwendig sein und der Vizepräsident einfach in geeigneter Form die Annahme der im Völkerbundsstatut vorgesehenen friedlichen Verfahren durch die beteiligten Staaten feststellen wird, in Uebereinstimmung mit dem Appell, den er am 15. ds. Mtz. an beide Teile richtete.

Die Mieter beim Völkerbundsminister.

Berlin. (Telunion.) Der Bund Deutscher Mietervereine (BdM) teilt mit:

Die Vertreter des Landesverbandes Bremen im Bundes Deutscher Mietervereine e. V. hatten eine längere Besprechung bei dem Volkswohlfahrtsminister Dr. Dietrich niedergelassenen Forderungen der preussischen Mieterchaft. Sie warnten vor der von den Hausbesitzerorganisationen erneut geforderten Erhöhung der Mieten, da eine solche Erhöhung wirtschaftlich weder notwendig noch tragbar sei. Die Neubausmieten seien durch ungewollte Maßnahmen, insbesondere durch eine höhere öffentliche Bewirtschaftung aus den Mitteln der Hausinspektoren zu senken und den Mieten anzugleichen. Wegen des dringenden Geldbedarfes für die Volkswirtschaft sei auch eine von der Reichsregierung geplante Senkung der Hausinspektoren zu Gunsten des Hausbesitzes nicht möglich, zumal eine solche Senkung auch keine entsprechende Verabreichung der Mieten zur Folge haben würde. Die Vertreter wiesen besonders auf darauf hin, daß das preussische Veranlagungssystem bei der Hausinspektoren einer dringenden Abänderung bedürfte, weil die preussische Mieterchaft nach statistischen Feststellungen in der gelebten Miete jährlich 300 Millionen Mark mehr an Hausinspektoren zahlt, als der Hausbesitz an die Steuerbehörde abführt. Die Absicht, das bestehende Recht der wirtschaftlich schwachen Mieter auf Befreiung von der Hausinspektoren zukünftig in Fortfall zu bringen, könne keinesfalls gebilligt werden, ebensowenig sei irgendeine weitere Lockerung des Mietrechts vertretbar. Die bestehenden mieterrechtlichen Bestimmungen seien in einem offenkundig schaffenden besonderen Dauermietrecht zu verankern, das sowohl einen Schutz für Wohn- wie Geschäftszimmermieten in sich führe.

Der Minister leiste eine Befreiung der ungeliebten Wünsche zu.